Nr. 241 Sonnabend, 25. Oktober 1919 26. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postscheckkonto Nr. 53 477. Postscheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18698.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 40% Teuerungszuschlag = 70 Pfg. Desgl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 40% Teuerungszuschlag = 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postscheckkonto Nr. 53 477. Postscheckkonto Nr. 53 477

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die U. S. P. und Sowjetrußland.

Richtigstellung einer Agitationslüge.

Die unabhängigen Volksbeauftragten für eine Verständigung mit Sowjetrußland.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu den Ausführungen des Außenministers Hermann Müller in der Nationalversammlung, daß auch die unabhängigen Volksbeauftragten es seinerzeit abgelehnt hätten, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufzunehmen, gibt Genosse Wilhelm Dittmann in der Freiheit eine eingehende Darstellung des Sachverhalts, der folgendes zu entnehmen ist:

„Tatsächlich waren die Unabhängigen in der Regierung immer für die Wiederaufnahme der kurz vor der Revolution abgebrochenen diplomatischen Beziehungen. Gegen dies sofort gestellte Verlangen wandten sich aber Ebert, Scheidemann und Landsberg, inspiriert von dem damaligen Staatssekretär des Aeußeren, Solf, der die Ausweisung des Botschafters Joffe veranlaßt hatte. Solf, unterstützt von den Rechtssozialisten, erklärte, daß ein Gesandter, der sich in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates eingemischt habe, ganz gleich in welchem Sinne, unmöglich sei. Es kam bei diesen Auseinandersetzungen zu scharfen Plänkeleien zwischen dem Staatssekretär Solf und dem Genossen Haase. Eine Verständigung im Kabinett war nicht zu erzielen. Sie wurde äußerst erschwert durch Vertreter der Sowjetregierung selbst. In einem Ferngespräch, das ein Vertreter der Sowjetregierung in Moskau mit dem Genossen Haase führte und das von dem Fernschreibapparat des Auswärtigen Amtes gleichzeitig niedergeschrieben wurde, wurde mitgeteilt, daß Abgesandte der Sowjetregierung unterwegs nach Deutschland seien, um hier in den Gefangenenlagern unter den französischen und englischen Gefangenen revolutionäre Propaganda zu treiben. Solf, Ebert, Scheidemann und Landsberg war das ein erneuter Beweis für die Unmöglichkeit, mit der Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen zu können. Dazu kam ferner noch die öffentlich aufgestellte, unbegreifliche Behauptung Joffes über die von ihm angeblich den deutschen Genossen gegebenen Gelder; Behauptungen, die es uns drei unabhängigen Kabinettsmitglieder in jener Situation ganz unmöglich machten, mit unserm Verlangen durchzudrücken."

Dittmann betont, daß er und seine Freunde trotzdem bis zum Ausscheiden aus der Regierung für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland bemüht gewesen seien.

Ein Funkspruch aus Moskau.

Alle sozialistische Parteien einig.

Aus Moskau kommt vom 20. Oktober folgender, uns verspätet zugegangener Funkspruch:

Ausländische Funksprüche kündigen an, daß St. Petersburg und Kronstadt angeblich eingenommen worden seien. In Wirklichkeit sind Kronstadt und St. Petersburg fest in den Händen ihrer sowjetistischen Verteidiger, und die Roten Truppen, weit entfernt davon, an das Aufgeben ihrer Stellungen auch nur zu denken, haben einen schon von Erfolg gekrönten Gegenvorstoß unternommen.

Die ernste Lage der Republik hat alle Parteien geeinigt. Nach den Menschewiken und den internationalen Sozialdemokraten haben nun auch die Sozialrevolutionäre der Rechten alle ihre Parteigänger aufgefordert, sogleich in die Rote Armee einzutreten, um mit den Kommunisten auf allen Posten der Front an der Verteidigung des Landes mitzuwirken.

Die Vereinigung der ehemaligen Arbeiterunionen hat in Moskau in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, mit dem Verteidigungskomitee einvernehmlich zu arbeiten. Das Hauptkomitee des Jugendbundes hat seine besten Agitatoren nach Petersburg entsendet. Der Sowjet von Petersburg hat sich zur Front begeben.

Der Plan Trotzkys geht nicht nur auf sofortige und ausgiebige Verstärkung der Front, sondern auch auf Verteidigung von Petersburg, von Straße zu Straße, von Haus zu Haus. In der Waffenhandhabung geübte Arbeiter werden die Fenster und Dächer besetzen. Alle technischen Mittel, die Petersburg in reicher Menge besitzt, werden dazu verwendet werden, um aus Petersburg ein ungeheures Labyrinth zu schaffen, dessen Bewältigung dem Gegner unmöglich werden soll.

Heftige Kämpfe an allen Fronten.

Amsterdam, 24. Oktober. Die Times meldet aus Helsingfors: Die Geschwader der Alliierten setzen die Beschießung von Kronstadt fort. Der Kampf um Krasnaja Gorka dauert an.

Von der Front des Generals Judenitsch verlautet: Der Kampf dauert mit großer Anspannung fort. Der Gegner führt frisch angekommene Truppen ins Gefecht.

Finnische Blätter melden, daß es den Bolschewisten gelungen ist, bei Petrosowodsk vorzudringen, wodurch die britischen Truppen gezwungen wurden, sich zurückzuziehen.

Von der Front Denikins wird gemeldet: Die Stadt Orel mußte von den Weißgardisten aufgegeben werden. Auf der ganzen Front östlich von Woronesch heftige Kämpfe.

Deutsche Tanks und Geschütze für die Gegenrevolution.

Bürgerliche Blätter melden: „An der Judenitsch-Front ist seit gestern schwere Artillerie in Tätigkeit sowie zahlreiche neu eingetroffene Tanks, die „niederschmetternd" auf die Bolschewisten wirken." Wohlweislich wird die Tatsache verschwiegen, daß es sich um deutsches Kriegsmaterial handelt.

Das „Regiment Jesus" — die letzte Rettung.

Bürgerliche Londoner Blätter melden aus Helsingfors: „Auf der östlichen Front ist bei der Weißen Garde ein Regiment eingereiht worden, das unter dem Namen „Regiment Jesu" bekannt ist. Dieses Regiment besteht ausschließlich aus Geistlichen, Dekanen und Pfarrern, die in weiße Kleider gehüllt sind und ihre Toga und andre kirchliche Gewänder tragen. Sie marschieren mit hocherhobenen Kruzifixen, während sie ihre Gebete sprechen."

Die „ungebildeten" Rotgardisten sollen, wie von panischer Furcht ergriffen, die Flucht ergreifen.

Arbeitermordende Pfaffen mit dem erhobenen Kruzifix, welch ausgezeichnetes Symbol für die kapitalistische Kirche aller Länder!

Willkürregiment.

Bedrohung unsres Remscheider Parteiorgans.

Unser Remscheider Parteiblatt, die Bergische Volksstimme, erhielt folgende Drohung von militärischer Seite zugestellt:

„In Ihrer Morgenausgabe Nr. 243 vom 17. 10. 1919 bringen Sie einen Artikel unter der Ueberschrift: „Deutschlands Krise", der in unwahrer Weise gegen die Regierung hetzt, in hohem Maße zum Widerstand gegen sie auffordert und geeignet ist, hierdurch die Ruhe und Ordnung zu stören.

Ich verwarne Sie hiermit auf das schärfste, derartige aufreizende Artikel zu bringen.

Schönian, Oberstleutnant u. Abschn.-Kmdr."

Die Arbeiterstimme schreibt hierzu mit Recht:

„Wir protestieren aufs schärfste in aller Oeffentlichkeit gegen diesen Versuch, die Freiheit der Meinungsäußerung zu unterdrücken. Abgesehen davon, daß selbst nach den Gepflogenheiten des Belagerungszustandes während der wilhelminischen Diktatur der angezogene Artikel keinerlei Anhaltspunkte für eine solche Drohung enthält, muß gegen diesen neuen Versuch aufs bestimmteste Einspruch erhoben werden. Wir fordern, daß die Regierung die Beachtung der von ihr selbst gemachten Gesetze erzwingt. Was sagt der Reichskommissar, was sagt die Regierung zu diesem Akt der ihr doch angeblich unterstellten Militärbehörde?"

Die Anmaßungen des Noskemilitarismus ähneln immer mehr dem Knutenterror, wie er früher im zaristischen Rußland an der Tagesordnung war. Mit Gewalt wird jede Freiheit des Gedankens unterdrückt, und gut bezahlte Regierungsbonzen stellen sich bei opulenten Gastereien auf Kosten des Volkes hin und preisen die deutsche Freiheit.

Aus dem Hinterhalt.

Statt daß Herr Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß erscheint, damit er mit den Staatsmännern der Kriegszeit konfrontiert werden kann, hält er sich im Hintergrund und benutzt von dort aus die Presse, um seine Meinung zu den Aussagen der verhörten Staatsmänner zu sagen. So bringt der Lokalanzeiger eine Notiz von „unterrichteter Seite", wonach es unwahrscheinlich sei, daß Ludendorff die ihm von Bernstorff in den Mund gelegten Worte gebraucht habe. Wer anders als Ludendorff kann die „unterrichtete Seite" sein, und wer anders als der Diktator Ludendorff hat ein Interesse an der Ableugnung der Bernstorffschen Aussage? Er streitet auch ab, daß ihm Bernstorff irgendwelche Mitteilungen über seine Differenzen mit der Regierung oder über den Nichtempfang bei Wilhelm gemacht habe, so daß „die Unterredung Bernstorffs mit ihm keine Bedeutung hatte, weil sie weit (!) zurückliegende Sachen betraf". Der ehemalige Diktator zeigt sich hier wieder ganz wie er ist. Solange er das Volk geknebelt hatte, trumpfte er auf, weil ihm nichts geschehen konnte, jetzt, wo er Rede stehen soll, kneift er, leugnet er ab.

Die Bekämpfung des Schieberlums.

Mainz, 24. Oktober. In einer amtlichen Mitteilung des hessischen Landesernährungsamts in Darmstadt hat die Reichseinfuhrstelle für Lebens- und Futtermittel nunmehr eine Einfuhrkontrolle für ausländische Lebens- und Futtermittel an der Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet eingerichtet. Diese Maßnahme ist lediglich im Interesse der deutschen Valuta getroffen worden. Vorläufig sind beschlagnahmefrei: Reis, Hülsenfrüchte, Kaffee, Kakao und Schokolade; beschlagnahmt werden vorerst: alle Fette und Oele, Seife, kondensierte Milch, Fleisch, auch Konservenfleisch, Fische und Kartoffeln und daraus hergestellte Lebensmittel, Getreide, Mehl, Gewürze und Zucker.

Oesterreich verweigert die Auslieferung der ungarischen Volkskommissare.

Berlin, 25. Oktober. (T. U.) Wie eine Meldung aus Budapest besagt, ist die Antwort der österreichischen Regierung in der Auslieferungsangelegenheit der ungarischen Volkskommissare eingetroffen. Die Antwort betont, daß die österreichische Regierung das Ersuchen der ungarischen Regierung ernstlich erwogen hätte. Das Ersuchen der ungarischen Regierung müsse jedoch abgelehnt werden.

Ein Wendepunkt im deutschen Gewerkschaftsleben.

H. L. Der Verbandstag der Metallarbeiter, der vom 13. bis zum 22. Oktober in Stuttgart tagte, ist ein Wendepunkt im deutschen Gewerkschaftsleben. Die größte Gewerkschaft, die die ausschlaggebende Eisenindustrie beherrscht, hat mit fast Zweidrittelmehrheit der Generalkommissionspolitik der Gewerkschaftsinstanzen ihr Mißtrauen ausgesprochen und darüber hinaus Beschlüsse gefaßt, die neue Wege für die deutsche Gewerkschaftsbewegung anbahnen. Von dem Tage der Abstimmung über die Resolution Dißmanns beginnt eine neue Zeit für die deutschen Gewerkschaften. Nach einem glanzvollen Referat Robert Dißmanns verurteilte die Generalversammlung „die verwerfliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen"; sie sprach sich für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage aus und erklärte: „Davon ausgehend sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, münden in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats." Im Zusammenhange mit der Dißmannschen Resolution steht die Erklärung der oppositionellen Verbandstagsmehrheit, die von Richard Müller unterschrieben ist. In dieser Erklärung sagt sich die Verbandstagsmehrheit von der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit los. Der Verbandstag erkennt, daß der Kampf der Arbeiter sich nicht begnügen kann mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, sondern daß er geführt werden muß um die Produktionsmittel, zur Beseitigung des Kapitalismus. „Dieser Kampf", so fährt die Erklärung fort, „ist zugleich ein wirtschaftlicher und politischer Kampf, der von der Arbeiterschaft in erster Linie durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft geführt werden muß."

Ueber diese offen ausgesprochene Politisierung des gewerkschaftlichen Kampfes mögen alle „Nurgewerkschafter" die verstaubte Perücke schütteln, zumal so der Verbandstag auch erklärte, daß er zur Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe die jetzige Form der gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr als ausreichend erachtet und daher den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter zu gewaltigen Industrieverbänden empfiehlt, die das Fundament eines organisch entwickelten Rätesystems zur wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiterklasse werden sollen. Die Resolution Müllers zieht die Schlußfolgerung aus der prinzipiellen Stellung der Resolution Dißmanns: Keine Arbeitsgemeinschaft, Umbau der gewerkschaftlichen Organisation.

Dabei vermeidet der Verbandstag in der Müllerschen Erklärung jede Ueberteibung. Er spricht ausdrücklich von einem sich „organisch entwickelnden Rätesystem", wie er auch für den Aufbau der neuen gewerkschaftlichen Organisationsform keine Doktor-Eisenbart-Kuren an den jetzigen Gewerkschaften fordert. Das festzustellen ist besonders wichtig, weil es auch auf dem Verbandstage in der Opposition nicht an Bestrebungen gefehlt hat, der Gewerkschaftsbewegung solche Doktor-Eisenbart-Kuren zu verschreiben. Diese Bestrebungen sind in den öffentlichen Verhandlungen des Verbandstages nicht hervorgetreten; da sie aber für die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht unbedeutend sind, dürfen sie bei einem Ueberblick über die Metallarbeitertagung nicht unerwähnt bleiben. War sich auch die Opposition grundsätzlich einig über Ziele und Wege, so bestanden doch scharfe Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie, mit welchen Mitteln die neue Organisationsform gebaut werden soll. Eine an Zahl nicht geringe Richtung in der Opposition verfocht die Ansicht, wenn das Dutzend oder mehr Gewerkschaften, die in der Metallindustrie in Frage kommen, sich nicht zur Gründung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie umfassenden Industrieverbandes bereitfinden, dann solle dieser Widerstand in kurzer Frist gebrochen werden, so daß eine bald einzuberufende außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die Gründung des Industrieverbandes vornehmen könne. Die Verfechter dieser Ansicht vermochten nicht anzugeben, mit welchen Mitteln die andern in der Metallindustrie in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen gezwungen werden sollen, dem Industrieverbande aller Hand- und Kopfarbeiter beizutreten. Schon deshalb lehnte die Mehrheit der Opposition ab, sich in der geforderten Art festzulegen; sie lehnte diese Festlegung aber auch deshalb ab, weil sie erkannt hatte, daß so gewaltige Umwälzungen, wie sie der Umbau der deutschen Gewerkschaften bedeutet, nicht in kurzer Frist vollzogen sein können.

Bei dieser Gelegenheit hat die Opposition einen so sicheren Blick für die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten bewiesen, daß mit größter Zuversicht darauf gerechnet werden kann, daß sie die schweren Ein-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19191025/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG